

## Lauterbachs Schlafmützen-Politik

VON ANTJE HÖNING

Ganz unaufgeregt werde die Debatte um das neue Infektionsschutzgesetz verlaufen, glaubt Kanzler Olaf Scholz. Doch die Realität sieht schon jetzt anders aus. Das Coronavirus wartet nicht, bis Deutschland im Herbst das so lasche Gesetz wieder winterfest macht. Es fegt schon jetzt mit einer Sommerwelle durch das Land; die Inzidenzen unterzeichnen die Lage deutlich. Auch wenn bei vielen die Verläufe mild sind, so bleibt das Virus tückisch: Wer Menschen kennt, die sich seit Wochen mit Long Covid herumquälen, wird Ratschläge, man möge sich doch jetzt infizieren, als absurd leichtsinnig erkennen. Mal abgesehen davon, dass in vielen Unternehmen, Krankenhäusern und Pflegeheimen die Personalausfälle dramatisch sind. Viel zu spät geht Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach den Kampf gegen die Sommer- und die Herbstwelle an: Tausende Testzentren im Land wissen noch immer nicht, ob es ihr Geschäftsmodell in zehn Tagen noch gibt. Warum so schlafmützig? Der SPD-Politiker soll doch froh sein über jeden Bürger, der sich freiwillig testet und womöglich isoliert.

Eile tut auch beim Infektionsschutzgesetz not. Wieder lässt sich Lauterbach, der es besser weiß, von der FDP bremsen. Die Liberalen haben sich verrannt. Man kann über vieles debattieren. Doch dass eine Maske schützt, bestreitet von „Querdenkern“ abgesehen keiner. Die Maskenpflicht in Innenräumen, in Handel und Gastronomie hätte nie fallen dürfen. Wie lange will die Ampel noch warten, bis sie diese den Ländern wieder möglich macht? Die Hotspot-Regel hat sich als fauler Ampel-Kompromiss erwiesen. Darum ist es gut, dass Karl-Josef Laumann nun Druck auf Lauterbach macht. Das kann der CDU-Politiker umso leichter, als er auf die NRW-FDP nach ihrer Wahlschlappe keine Rücksicht mehr nehmen muss. Lauterbach sollte auf seinen krisenerprobten NRW-Kollegen hören.

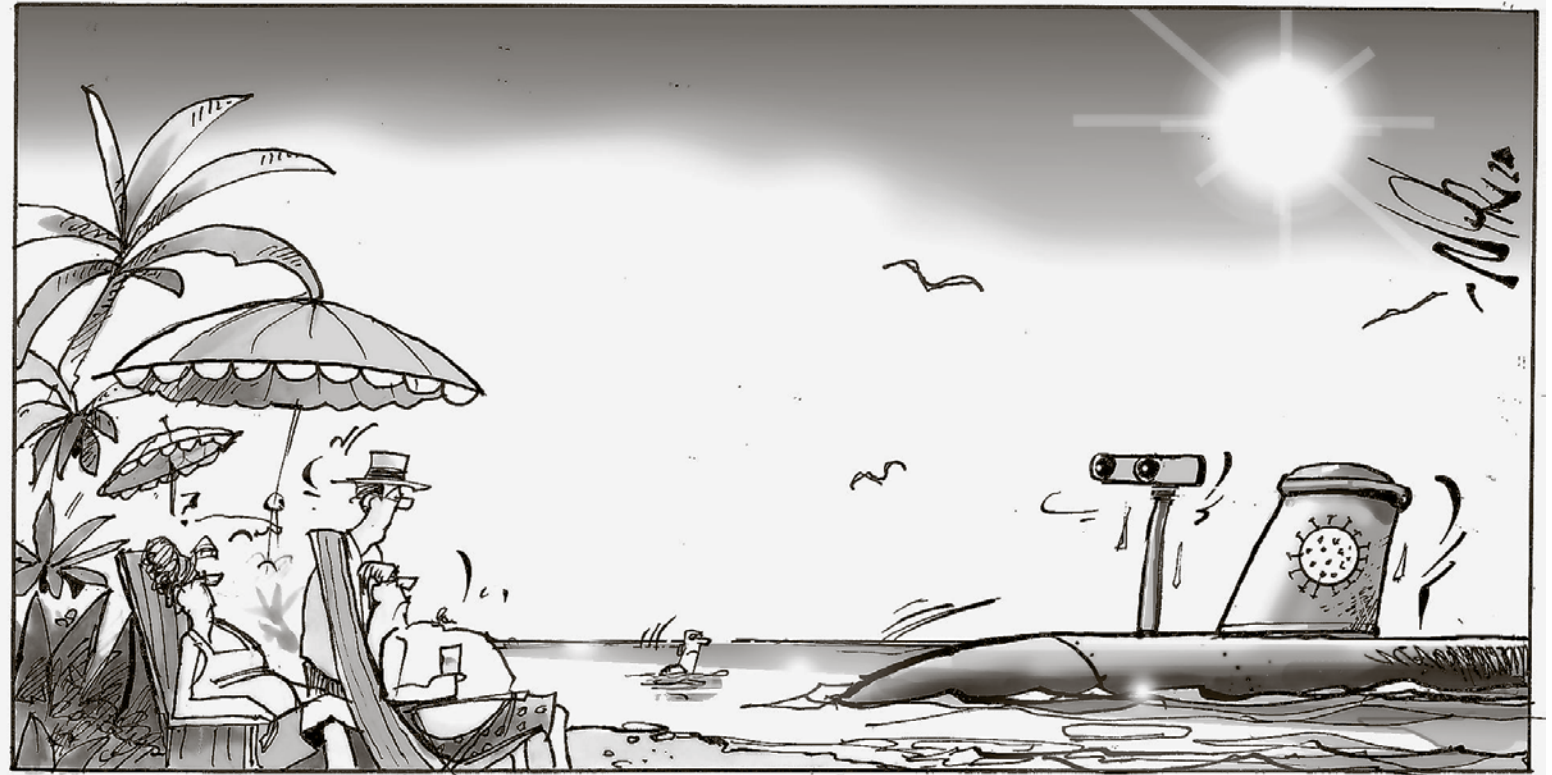
## Skandalöses Chaos am Flughafen

VON REINHARD KOWALEWSKY

Das Chaos in der Luftfahrt und am Flughafen Düsseldorf ist bedrückend. Man fragt sich, warum Eurowings zuerst massenhaft Beschäftigte abgebaut und dabei auf Staatskosten überlebt hat, doch warum nun, im Aufschwung, an allen Ecken Kräfte fehlen. Vernünftiges Management sieht eindeutig anders aus.

Hauptschuldiger für die Warteschlangen ist die Bundespolizei. Es ist ärgerlich, dass es ihr nicht gelungen ist, eine zweite Sicherheitsfirma neben DSW zu finden, damit die Kontrollen besser besetzt sind. Außerdem war wohl die ursprüngliche Ausschreibung so schlecht gemacht, dass von Anfang an zu wenige Kräfte angeheuert wurden. Wenn die Behörde nun kurz vor den Ferien vorschlägt, man solle die Flugpläne entzerrern, um Spitzenlasten zu vermeiden, ist das fast dreist: Flugpläne lassen sich nicht einfach umwerfen; die Maschinen an Flughäfen heben gezielt alle früh morgens relativ gleichzeitig ab, damit sie im Laufe des Tages möglichst viele Passagiere transportieren.

Auch der Flughafen bekleckert sich nicht mit Ruhm: Wenn Studenten angeheuert werden, um Reisenden zu helfen, ist zu fragen, ob der Abbau von rund 330 Stellen zu radikal war. Es passt auch nicht zusammen, sich vom Staat Rettungskredite in Höhe von 250 Millionen Euro geben zu lassen, aber zu wenig Personal für neues Wachstum vorzuhalten. Immerhin liegt die Passagierzahl schon bei 80 Prozent des früheren Niveaus. Und auch daran, dass das Entladen oft viel zu langsam vonstattengeht, trägt der Airport Mitschuld: Es war wohl doch nicht so schlau, aus dem Geschäft mit Gepäck auszusteigen und es Wettbewerbern zu überlassen. Nun stehen nur noch wenige Mitarbeiter der alten Truppe bereit, um beim Kofferausladen zu helfen. Wie es anders laufen kann, zeigt München: Da gibt es eine staatliche Sicherheitsfirma und eine Gepäckfirma des Flughafens mit 2000 Beschäftigten.



FEIND IN SICHT

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

**MEINUNG** Bereits vor der Documenta gab es Antisemitismusvorwürfe. Dann wird ein Werk mit eindeutig gezeichneten Figuren erst mit Verzögerung abgebaut. Ein moralischer Bankrott, der viel über den Umgang mit dem Holocaust sagt.

## Künstlerhetze gegen Juden

VON DOROTHEE KRINGS

Erst gab es ein schwarz verhülltes Werk auf der Documenta, dann doch noch den Entschluss, das großformatige Banner zu entfernen. Diese Umstände allein zeigen, was bei der Weltkunstschau in Kassel falsch läuft. So falsch, dass das künstlerische Leitungsteam, das Kollektiv Ruangrupa aus Indonesien, Verantwortung übernehmen und zurücktreten müsste. Stattdessen wurde lange über ein antisemitisches Bild diskutiert, als gebe es Deutungsspielräume. Als gehe es um den globalen Blick und die

**Mit der Verhüllung inszenierte die Documenta das Banner wie ein Mahnmal der Zensur**

Abwägung zwischen Kunstfreiheit und politischer Korrektheit. Tatsächlich ist das ja ein Spannungsfeld, auf dem immer wieder neu diskutiert werden muss, was Freiheit bedeutet, welche Zumutung oft darin liegt, die Freiheit des anderen auszuhalten, und wie notwendig das ist. Aber dieser Fall liegt anders.

Auf dem umstrittenen Banner „People's Justice“ des indonesischen Künstlerkollektivs Taring Padi ist ein Mann mit Schläfenlocken in Anzug und Krawatte zu sehen, Haifisch-Zähne ragen aus seinem Mund, dazu schmaucht er eine Bonzen-Zigarre. Auf dem Hut sind die SS-Runen zu sehen. An anderer Stelle wird eine Person in Uniform gezeigt mit der Nase eines Schweins. Auf dem roten Halstuch ist der Davidstern zu sehen, auf dem Helm der Name des israelischen Geheimdienstes Mossad. Details in einer vor Figuren wimmelnden Arbeit, die schon 20 Jahre alt ist und noch nie in Europa gezeigt wurde.

Doch was tut das zur Sache? Ist eine antisemitische Darstellung, die sich eindeutig hetzerischer Klischees bedient, weniger schlimm, weil sie ein paar Jahre alt ist? Ist die Darstellung weniger empörend, weil sie in anderen Teilen der Welt nicht auf Betrachter gestoßen ist, die an der Bildsprache Anstoß nahmen

und wissen, dass Hetze in Wort und Bild immer nur der Anfang ist?

Doch anstatt die Ausstellung dieses Objekts zu verhindern oder zumindest nach der ersten Kritik schnellstmöglich zu entfernen, inszenierte die Documenta es zunächst wie ein Mahnmal der Zensur und wertete es dadurch nur auf. Und das Künstlerkollektiv Taring Padi konnte auf der Documenta-Seite unverdrossen erklären, es verhülle die Arbeit mit „großem Bedauern“, weil es in Deutschland als „beleidigend empfunden“ werde. Das Werk werde nun zu einem „Denkmal der Trauer über die Unmöglichkeit des Dialogs in diesem Moment“.

Auch wenn dieses „Denkmal“ nun viel zu spät verschwindet, offenbart die trotzige Unbedarftheit, mit der die Künstler sich zu Opfern vermeintlicher „Befindlichkeiten“ erklärten, wie tief das Problem reicht. Das Kollektiv versteht seine antisemitischen Figuren anscheinend als Teil einer legitimen Kapitalismuskritik, als hätten solche Darstellungen keine Vorgeschichte, als habe es keine nationalsozialistische Propaganda gegeben. Und keinen systematischen Mord an sechs Millionen Juden.

Natürlich ist das europäische Geschichte, deutsche Schuld. Indonesien hat andere Themen. Wenn indonesische Künstler aber antisemitische Klischees weitertragen, nutzen sie eben nicht irgendein Motiv, sondern eines mit barbarischer Geschichte. Was soll daran aufklärerisch sein? Was legitimer Protest gegen unterdrückerische Strukturen? Wer die Debatte dahin zu lenken versucht, hat die Wirkweise von modernem Antisemitismus nicht begriffen.

Dass das Bild bei der Documenta auf Kritik stieß, ist also keineswegs „deutsche Befindlichkeit“ und auch kein Zeichen für „verengte Dialoge“ oder einen europazentristischen Blick. Es zeigt allerdings, dass die Lehren aus dem Holocaust, die Sensibilität gegenüber Ver-

### INFO

#### Fassungslosigkeit und Resignation bei Juden

**Reaktionen** In der Debatte über das Banner „People's Justice“ des indonesischen Künstlerkollektivs Taring Padi, auf dem es klar antisemitisch gezeichnete Figuren gibt, haben sich Jüdinnen und Juden in Deutschland zu Wort gemeldet. Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, forderte die Verantwortlichen auf, Konsequenzen zu ziehen. Der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Meron Mendel, hielt es für geboten, das Banner zu entfernen. Auch die israelische Botschaft in Berlin reagierte empört. Christoph Heubner, Exekutiv-Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, erklärte, Überlebende des Holocaust verfolgten die desolaten Entwicklungen mit Fassungslosigkeit und Resignation.

**Taring Padi** Das Institut für bürgernahe Kultur Taring Padi wurde laut Angaben der Documenta 1998 von einer Gruppe Studenten und Aktivistinnen als Antwort auf die gesellschaftspolitischen Umwälzungen der indonesischen Reformasi-Ära gegründet. Zu den künstlerischen Formaten der Gruppe gehören Straßenproteste, Holzschnitt-Workshops, Kunstkarnevals und Ausstellungen sowie gemeinsames Lernen an ungewöhnlichen Orten.



Schläfenlocken und SS-Runen: Ausschnitt des Banners. FOTO: U. ZUCCHINI/DPA

unglimpfungen von Personengruppen aufgrund diffamierender Zuschreibungen, keineswegs internationaler Standard sind. Vielmehr wird das Klischee vom kapitalistischen, kriegstreiberischen Juden in anderen Teilen der Welt neu bedient und findet auf perfide Art Anschluss an Diskurse gegen Rassismus und Unterdrückung. Doch scheint auch in Deutschland die Sensibilität gegenüber der Verbrämung von Judenfeindschaft durch Gesellschaftskritik abzunehmen, wie die desaströse Reaktion der Documenta verrät.

In Kassel wurde mit größter Unbekümmertheit eine rote Grenze überschritten. Und das, nachdem es schon zuvor Debatten wegen vermeintlicher antisemitischer Tendenzen des Leitungsteams gegeben hatte. Natürlich hätte das Banner niemals gezeigt werden dürfen. Zumindest hätte man aber erwarten dürfen, dass Leitungsteam und Geschäftsführung es sofort entfernten. Stattdessen erklärte Generaldirektorin Sabine Schormann, die Geschäftsführung sei „keine Instanz, der Exponate zur Prüfung vorgelegt werden müssten“. Als ginge es um Zensur und nicht um die Verhinderung von Hetze. Weiter schrieb Schormann auf der Documenta-Homepage, das Banner sei kurzfristig installiert worden und nicht für die Documenta entstanden. Die Documenta hat das Banner aber ausgestellt und sollte nun nicht so tun, als sei es quasi unbemerkt aufgetaucht.

Immerhin haben sich einige Politiker sofort eindeutig positioniert. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier fand schon am Wochenende nachdenkliche Worte. Kulturstaatsministerin Claudia Roth erklärte gleich zu Beginn der Banner-Debatte, die Grenze der Kunstfreiheit sei überschritten. Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Volker Beck, soll die Staatsanwaltschaft eingeschaltet haben. Die Documenta hingegen wollte erst „weitere externe Expertise“ einholen. Durchgekommen ist sie damit nicht. Enormer Schaden jedoch ist entstanden.

### WISSENSDRANG

Eine Demokratie unterscheidet sich von undemokratischen Systemen durch die Möglichkeit aller Bürger zur aktiven Beteiligung an der Meinungs- und Willensbildung. In unserer repräsentativen Demokratie bedeutet das nicht die direkte Beteiligung an der Regierung oder dem Bundestag. Die politische Meinungsbildung entwickelt sich jedoch zu einem beträchtlichen Teil im Austausch zwischen Politikerinnen, Experten, Bürgerinnen und Journalisten in den öffentlichen Medien. Sie haben den öffentlichen Auftrag, auch vom Mainstream abweichende Stimmen angemessen zu Worte kommen zu lassen. Das gilt auch für Medienkritik – theoretisch. 2021 hatte die Künstlerinitiative „Alles dichtmachen“ es sich erlaubt, die eher regierungsnahen Be-

### Die Medien und die Demokratie

Auch Stimmen, die vom Mainstream abweichen, müssen zu Wort kommen.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

richterstattung zu den Corona-Maßnahmen durch den Kakao zu ziehen. Das war für nicht wenige Journalisten ein offenkundiger Ausdruck von Menschenverachtung übelster Art. Ein WDR-Rundfunkrat forderte, Jan Josef Liefers keine Rolle mehr zu geben. Man erklärte ihm, dass es in Deutschland Kunst- und Meinungsfreiheit gibt. Er konnte es kaum glauben. Wie den Künstlern von „Alles dichtmachen“ erging es vor Kurzem Psychiaterinnen und Kinderärzten, die in einem Gastbeitrag in der „Welt“ Beiträge zu Fragen des Geschlechtswechsels in öffentlich-rechtlichen Medien kritisierten: Die Journalisten hätten nicht so gründlich recherchiert, wie es ihre Pflicht wäre. Zu unkritisch würden Forderungen von Transgenderorganisationen übernommen, medizi-

nische Probleme kämen zu kurz. Auch Kindersendungen seien betroffen. Diesmal meldete sich der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer SE persönlich zu Wort und verdammt den Beitrag als unwissenschaftlich und „unterirdisch“. Der Springer-Chef forderte kein Berufsverbot. Wenn man der renommierten Bild-Journalistin Judith Sevinç Basad glauben darf, regelte sie die Sache intern: Den Springer-Journalisten wurde erklärt, so Basad, sie dürften nur negativ darüber berichten. Darauf kündigte die Bild-Journalistin. Kein Glanzstück an innerer Pressefreiheit.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.